

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

Redaktion: Halle a. S., Gr. Braunschweig 17
Fernr. 6502. Erscheinungstage täglich von 11-12

und sämtliche Unterbezirke (Kreis) im Bez.-Bez. Merseburg. Erscheint täglich außer Sonn- u. Feiertags in Halle a. S., Sonnabends mit der illustrierten Beilage „Volk und Zeit“.

Verlag: G. Reichenow, Halle a. S., Gr. Braunschweig 27
Fernr. 5477. Postfachnummer Halle a. S. 87573

Nr. 32

Bezugspreis: Durch Postämter monatlich 6,00 Mk. einschließlich 5 Pf. Porto. Für Abh. bis 5,00 Mk. Durch Postämter im Vierteljahr 16,- monatlich 6,00 Mk. einschließlich Postgebühren.

Halle, Dienstag, den 8. Februar 1921

Halle, den 8. Februar 1921. 5. Jahrgang

Ein erfreulicher Regierungsbeschluss.

Scheldemann über die zerbrochene Front — Konfliktsituation in Danzig — Vaterländische Grundzüge — Der kommunistische „Freie Landarbeiterverband“ für Arbeitsgemeinschaften.

Das preussische Staatsministerium hat, wie wir mit uninteressierter Freude erfahren, in seiner letzten Sitzung beschlossen, das Landesökonomienkollegium aufzulösen, ebenso die Dresdener Landwirtschaftskammer wegen der bekannten Vorgänge am 27. Januar, wo der Vorsitzende der Kammer eine Huldigung für den früheren Kaiser darbrachte und die offiziellen Vertreter der Regierung aus dem Saal gedrängt wurden.

Dieser Beschluss des Staatsministeriums ist durchaus zu begrüßen. Es ist an dieser Stelle wiederholt klargelegt worden, dass das Landesökonomienkollegium lediglich eine Einrichtung für die Agrarier ist und daß seit dem Befehlen der amtlichen Landwirtschaftsvertretungen kein Raum mehr da sein darf für die Heberrede einer früheren Hohenzollernschen Kadaverpolitik.

Die Auflösung der schlesischen Landwirtschaftskammer war die einzig mögliche Antwort der Regierung auf die ungeheuerliche Proklamation, die der Vorsitzende jener Kammer, der Junker von Klitzing, und ihre Mitglieder am 27. Januar vortrugen. Daniels feierte die Kammer ihr 25-jähriges Bestehen. Der Vorsitzende hielt eine Anrede, die in eine Verherrlichung Wilhelms auslief, und die juniorlichen Mitglieder hörten sie liegend an. Die amtierenden Vertreter der Regierung, Oberpräsident Ritter (Oppeln) und Regierungspräsident Jenelde (Breslau) blieben bei der Monarchen-Ehrerbildung stehen. Dafür wurden sie angerufen und unter Zumut aus dem Saale gedrängt. Klitzing schloß seine Rede mit dem Ruf: „Mit Gott für König und Vaterland!“ Daß eine solche monarchistische Huldigung in einer amtlichen Körperschaft der Republik nicht ungeschickt bleiben konnte, ist selbstverständlich. Die Auflösung der Kammer ist nur die legitime Folge der Proklamation. Auf Grund des neuen Wahlgesetzes für die Landwirtschaftskammern wird demnächst die Neuwahl stattfinden. Dann wird das einseitige Vorgehen der Regierungsbefehlshaber über Kleinbauern und Landarbeiter hoffentlich für immer getrocknet werden.

Die Dresdener Arbeiter protestieren.

Dresden, 7. Februar. Zum Protest gegen die Entente-Verhandlungen veranstaltete gestern die Dresdener Arbeiterschaft in sechs Versammlungen eine gemeinsame Kundgebung. In allen Versammlungen wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der betont wird, daß die Forderungen der Entente unerfüllbar sind und im schreiendsten Widerspruch zum Friedensvertrage stehen. Zum Schluß heißt es: Die Dresdener Arbeiter richten in Gemeinschaft mit den sozialdemokratischen Fraktionen des Reichstages und des schlesischen Landtages, sowie des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Vertreter aller Länder die Aufforderung, auf das Zustandekommen von Verhandlungen hinzuwirken, die unter Berücksichtigung der internationalen gleichen Arbeiterinteressen das Reparationsproblem einer praktischen, für alle Welt heilsamen Lösung entgegenführen.

Das Klingt wesentlich anders als der kommunistische Protest in München, zu dem der Kommunist Thomas in einem Artikel der heutigen „Neuen Zeitung“ aufrief. Er warnte sich an die Parteimitglieder und Studenten, die Waffen mit den Kommunisten zu teilen, eine Arme zu bilden, die die Grundlage jedes Staatswesens bilde. Der Dresdener Protest klingt auch wesentlich weniger nationalstolisch als die Anschuldigungen des Kommunisten Graf in der Münchener Versammlung, der aufrief: „Wir Kommunisten treten ein für einen revolutionären Krieg gegen die Entente.“

Das Handelsabkommen zwischen Rußland und England.

London, 7. Februar. „Daily Herald“ bringt unter der Überschrift „Ausgang zur Unterzeichnung bereit einen Bericht eines Moskauer Korrespondenten über die von Tschichirin bereits an Curzon gerichtete Antwort der russischen Regierung auf den Entwurf zum russisch-englischen Handelsabkommen. Danach ist Ausgang zur Unterzeichnung des Abkommens bereit unter gewissen Bedingungen: Die besonderen Garantien gegen Propaganda und feindliche Aktionen in gewissen Ländern sollen gegenseitig sein. Beide Parteien kommen überein, die Unabhängigkeit und Integrität Periens, Afrikas und des Gebietes der türkischen Nationalitäten zu respektieren. Außerdem soll England es unterlassen, in oben genannten Ländern russische Streitkräfte zu stationieren, die einen Teil des früheren russischen Reiches bildeten, und jetzt unabhängige Staaten geworden sind, irgendeine feindliche Aktion gegen Rußland zu unternehmen, und sich nicht, in die Beziehungen Rußlands mit anderen Ländern einmischen. In der Note wird dem Wunsch Ausdruck gegeben, eine wirtschaftliche Grundlage für freundschaftliche Beziehungen zu

schaffen und den Frieden im Osten zu befestigen. Die Note legt die Entsendung von russischen Truppen nach Kleinasien und die Veranstaltung der Revolution in Kurdistan.

Dresden, 5. Februar. Hier eingetroffene Meldungen bestätigen die Uneinigkeit zwischen Lenin und Trotski bezüglich des Vertrages mit England. Lenin sei ein Anhänger, Trotski ein Gegner der Unterzeichnung des Vertrages. Der Gegensatz zeige sich auch auf dem Gebiete der Beziehungen zu den Gewerkschaftsverbänden.

Die ersten Streiks in Ungarn.

Die ungarische Regierung hat den Kampf gegen die freien Gewerkschaften aufgenommen, um sie zu vernichten und die Arbeiterschaft um jeden Einfluß zu bringen. Aber alles peinlich und martern der Arbeiterschaft hat nichts genutzt, die Bewegung ist nicht tot, sie ist zwar stark geschwächt, beginnt aber wieder von Neuem zu erwachen. Vor einigen Tagen (Ende Januar) wurde sie sogar von ihrem Streikrecht wiederum Gebrauch. Bezeichnend wurde die Buchdrucker-Gewerkschaft aufgelöst und ihre Führer auf Grund von gemeinsamen Denunziationen eines christlich-sozialen Hospitars verhaftet. Dieser Gewerkschaft ging der Stenographen-Verband in den Streik zu treten. Die Unternehmer eilten zur Polizei und waren bereit für die Freilassung der Verhafteten 2 Millionen als Kaution zu hinterlegen. Auch die christlichen Journalisten legten sich beim Ministerpräsidenten für die Freilassung der Gewerkschaftsführer ein. Die Regierung gab dann auch die Verhafteten frei, aber nicht etwa, um das an ihnen begangene Unrecht wieder gut zu machen, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß in der Blütezeit des christlich-nationalen Kurses unbedingt die christlichen Eliten erziehen müssen. In Budapest aber hätte man nicht einmal die Zahl der Streik zusammengefaßt, die notwendig war, um ein Blatt herstellen zu können. Dieser Umstand veranlaßte die Regierung schon nach drei Stunden die Verhafteten wieder frei zu lassen. Auch die Schuhmachergewerkschaft stehen im Streik, da sie nicht damit einverstanden sind, daß der Kollektivvertrag zu ihren Ungunsten abgeändert wird.

Der Vertreter Italiens über die Pariser Beschlüsse.

Rom, 7. Febr. Im Senat hielt Graf Sforza eine Rede über die Ergebnisse der Pariser Konferenz, in der er u. a. sagte: Es sei sehr schwierig, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands einigermaßen zutreffend anzugeben, da Deutschland sie bisher nicht bekannt gegeben habe. Es besteht derzeit in Deutschland ein starker Gegensatz zwischen den wirtschaftlichen Bedingungen, die das Verhalten zeigen, zu der früheren Situation auf dem Gebiete der finanziellen Lage, welche neue benutzliche Kräfte befähigen lassen. Die Pariser Verständigung befreite, daß die Alliierten an dem wirtschaftlichen Wohlergehen interessiert seien. Falls man in London zu einer Verständigung gelangen werde, so würde die begonnene Arbeit die glänzendsten Ergebnisse zeitigen. Der Minister schloß seine Rede mit der Erklärung, man näherte sich immer mehr einer Atmosphäre der Duldsamkeit der gegenseitigen Zusammenarbeit. Die Rede des Grafen Sforza wurde mit großem Beifall aufgenommen.

Immer neue Betrugsereignisse.

Wie das „Berl. Tageb.“ meldet, ist die Reichstreuhänder-Gesellschaft einer großen Verflechtung von Verträgen und Verträgen wegen der Reichstreuhänder-Gesellschaft in Spandau verurteilt, welche für Antikriegs- und Infanteriegeschwebe gebildet hatten, an politische Käufer zu verkaufen. Am Sonnabend wurden in Berlin acht große Krüsen bei einem Spediteur beschlagnahmt, in denen sich 300 Rumbold, 200 Artilleriegeschwebe und 12 Handfeuerwaffen befanden. Außerdem wurde weiteres Feuerzeug im Werte von 200 000 Mark bei einem Fabrikbesitzer in Siedlich vorgefunden. 13 Personen, die an dem Schmuggel nach Polen beteiligt sind, konnten verhaftet werden. Weder gelang es nicht, die politischen Käufer festzunehmen.

Sofortige Auszahlung der neuen Steuerzuschläge in Preußen. Einer Korrespondenzmeldung zufolge wird sich der 29. Ausschuh der preussischen Landesversammlung heute mit der Genehmigung der Steuerordnung befassen, die eine sofortige Auszahlung der neuen Steuerzuschläge an die preussischen Beamten ermöglicht.

Ein geförderter Polizeikommissar. Nach einer Meldung der „Berl. Zit.“ ist dem bisherigen Inspektor der Schupo-Geb. Reiterstadt von Wiesdorff seine Entlassung am 1. Mai gefordert worden. Derselbe hat gegen die von ihm als ungeschicklich empfundene Rindung Einpruch erhoben.

Meisthete?

Von Wilhelm Sollmann.

Schon der Nationalversammlung lag ein Gesetzentwurf zu Grunde, einer Meisthete vor. Er wurde nicht mehr weiterverfolgt. In dem jetzt vorliegenden Jahre ist das Verbot der Meisthete viel umstritten, aber wenig getätigt worden. Viele Deutsche und unzählige Kreise lauchten nach einer Deduktion für die zum Wohnraum so an derbe Zeit gewordenen Arbeiterbewegung, um die eine Lösung gefunden werden würde. Damals wurde vorgeschlagen, Heimstätten-Darlehen auszugeben zu dürfen, der insolge der rührigen Agitation der Landesräte von zahlreichen Organisationen unterlag, weil die im Wohnungsbau des Reiches so wenig an dem wachsenden ohne Unterschied der Partei als nicht annehmbar bezeichnet worden, obwohl Damals die Gelegenheit hatte, seinen Gedankengang im Wohnungsbau auszuführen darzulegen.

Nun Lage vor der diesmaligen Vertagung des Reichstages liegen ihm nun je ein Gesetzentwurf der Reichsregierung und des Reichstages, die wieder nichts anderes waren, als eine Meisthete. Die Sozialdemokratie hat die Zustimmung, vieles wichtige und in seinen Folgen schwer zu übersehene Gesetz darzubieten, mit Erfolg zurückgewiesen. Die Gesetzentwürfe kamen nicht mehr in das Plenum des Reichstages. Nur diesem negativen Erfolg aber war nichts zu tun, denn es war damit nichts getan zur Herstellung dringend notwendiger Kleinwohnungen. Doch all' dieser Bemühungen weigerte sich der Reichsfinanzminister, noch einmal die alten ohne Deduktion für Liebervertragszuschüsse heranzugehen. Die Verordnungen über die Erhebung des Zinseszinses, das die Erhebung der Zinsen in Ermüdung zog. Es bestand also, wenn die Verhandlungen im Wohnungsbau ohne Ergebnis blieben, die große Gefahr, daß ein wesentlicher Teil der diesjährigen Bauprodukte für die Beschaffung von Wohnungen ungenutzt verbleibe, daß schon laufende Wohnungen nicht gebaut, daß hunderttausende Arbeiter der Langeweile arbeitslos wurden. Eine weitere nicht geringe Gefahr trat hinzu. Vertreter der Länder erklärten mit beachtenswerten Gründen, daß die Länder den entliegenden Verhältnissen auf dem Wohnungsbau nicht länger zusehen konnten. Wenn jetzt der Reichstag nichts zuzubringen, müßten die Länder selbständig geeignete Maßnahmen treffen. Damit aber bestand die für eine gesunde Wohnungspolitik geradezu verheerende Gefahr, daß dem Reich der Einfluß auf das Wohnungswesen fast entwandte und eine durchgehende Wohnungswesenverflechtung in den Ländern geschaffen wurde.

In dieser Zwangslage lagten die fünf Verantwortungsbewußten Parteien des Wohnungsbauwesens den verweirten Entschluß, ein Notgesetz zu fassen, das dem Reichsfinanzminister die Möglichkeit gibt, 1½ Milliarden Mark als Liebervertragszuschüsse für Kleinwohnungen heranzuziehen, ohne daß der Meisthete-Gesetzentwurf verabschiedet werden mußte. Dieses Notgesetz verpflichtete die Länder, zur Förderung des Wohnungsbauwesens in den Rechnungsjahren 1921 und 1922 zusammen mindestens 30 Mark auf den Kopf der Bevölkerung auszugeben. Zur Leistung sollen die Länder eine Meisthete oder Zuschüsse zu den Grundrenten erlassen. Auch die Gemeinden erhalten die Verpflichtung, Zuschüsse einzuziehen. Wichtig ist aber, daß die Grundzüge für die Sammlung und Erhebung dieser Ausgaben und Zuschüsse noch nicht feststehen, sondern erst durch ein Reichs-gesetz geregelt werden sollen, das bis zum 1. Mai 1921 verabschiedet sein muß. Kommt dieses Reichs-gesetz nicht zustande, so haben die Länder das Recht, selbst eine gesetzliche Regelung zu treffen.

Die Lage ist also nun so:

Es werden sofort als Reichsmittel 1½ Milliarden für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Die Leistung der Meisthete wird durch die Ausschüttung der Zuschüsse gesichert werden, die vor dem 1. Juli 1918 fertiggestellten Gebäude über das Zuschüsse zu den Grundrenten. Wie diese Steuern in ihren Einwirkungen auszuwirken werden, welche Auflagen sie enthalten, vor von ihnen erfüllt ist, darüber wird der Reichstag nach seinem Wiederzusammenritt beraten. Die Sozialdemokratie hat durch ihren Sprecher (L. Wechsungen) ausdrücklich erklärt, daß sie sich ihre endgültige Stellungnahme zu dem kommenden Gesetzentwurf vorbehält.

Das ist gewiß richtig, die Steuer ist sofort zu gestalten wie es der Steuer überhaupt möglich ist, hinsichtlich der Beiträge, die mit schon vor der Vertagung im Wohnungsbau aus dem Reichstages gestellt haben. Für uns sind drei Forderungen vor allem maßgebend: Die Abgabe, sie sei konstant wie sie sollte, muß die kleinen Einkommen treffen, sie muß entgegen dem Bemühen bürgerlicher Parteien, insbesondere der Deutschnationalen, ländliche und ländliche Bevölkerung treffen; sie muß Rücksicht nehmen auf kinderreiche Familien, sie muß Gewähr bieten für eine starke Wohnungslagesteuer. Einmal muß weitgehende Entlastung gesondert werden, daß der Gewinn an Dienen und Vorkauf in den Häusern unabhängig ist, die mit so bedeutenden Zuschüssen als Mittel der allgemeinen Wohlfahrt geltend zu machen.

Das sind bei weitem nicht alle Forderungen, die wir an den Gesetzentwurf stellen, aber sie sind die Vorbedingungen.

die uns letzte Verzierung einer solchen Wabge überhaupt möglich machen.

Was wir in dieser schmerzigen Frage bisher getan, können wir vor dem Volke mit ruhigen Gewissen verantworten. Die Angriffe der Patrioten, die auch auf diesen Gesichtspunkt zu erwarten sein, kommen von Parteien, die zur Kritik an unserer Tätigkeit nicht berufen sind.

Ein „deutscher“ Vater.

Antustminister Spenisch war jüngst in Königsberg und hatte dort eine Behörde nach der Statthalter bezugnehmend mit ihnen über Ausbildungs- und Beförderungssachen gesprochen.

Der Minister hat sich sehr über die Unterweisung in der Technik und der Maschinenbau ausgesprochen. Er hat sich für die Förderung der Schulung der Arbeiter ausgesprochen.

Schwerer Tod im eigenen Lande.

Der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Arbeiter der Welt mit der Forderung des nationalen Solidarität zu verbinden, ist natürlich ohne seinen Sinn zu geben.

Schwerer Tod im eigenen Lande.

Der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Arbeiter der Welt mit der Forderung des nationalen Solidarität zu verbinden, ist natürlich ohne seinen Sinn zu geben.

Schwerer Tod im eigenen Lande.

Der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Arbeiter der Welt mit der Forderung des nationalen Solidarität zu verbinden, ist natürlich ohne seinen Sinn zu geben.

Schwerer Tod im eigenen Lande.

Der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Arbeiter der Welt mit der Forderung des nationalen Solidarität zu verbinden, ist natürlich ohne seinen Sinn zu geben.

ist ein eifriges Bestreben der realpolitischen Weltansicht. Dabei wird nach dem Recept verfahren, daß man die Schauptung aufstellt, das Recht, was die Verfassung bringt, ist nicht gut und das Gute, was sie bringt, ist nicht neu.

Ein „deutscher“ Vater.

Antustminister Spenisch war jüngst in Königsberg und hatte dort eine Behörde nach der Statthalter bezugnehmend mit ihnen über Ausbildungs- und Beförderungssachen gesprochen.

Schwerer Tod im eigenen Lande.

Der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Arbeiter der Welt mit der Forderung des nationalen Solidarität zu verbinden, ist natürlich ohne seinen Sinn zu geben.

Schwerer Tod im eigenen Lande.

Der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Arbeiter der Welt mit der Forderung des nationalen Solidarität zu verbinden, ist natürlich ohne seinen Sinn zu geben.

Schwerer Tod im eigenen Lande.

Der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Arbeiter der Welt mit der Forderung des nationalen Solidarität zu verbinden, ist natürlich ohne seinen Sinn zu geben.

Schwerer Tod im eigenen Lande.

Der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Arbeiter der Welt mit der Forderung des nationalen Solidarität zu verbinden, ist natürlich ohne seinen Sinn zu geben.

Schwerer Tod im eigenen Lande.

Der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Arbeiter der Welt mit der Forderung des nationalen Solidarität zu verbinden, ist natürlich ohne seinen Sinn zu geben.

Schwerer Tod im eigenen Lande.

Der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Arbeiter der Welt mit der Forderung des nationalen Solidarität zu verbinden, ist natürlich ohne seinen Sinn zu geben.

Der Aufruf des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die Arbeiter der Welt mit der Forderung des nationalen Solidarität zu verbinden, ist natürlich ohne seinen Sinn zu geben.

Das preussische Verfassung ist ein eifriges Bestreben der realpolitischen Weltansicht. Dabei wird nach dem Recept verfahren, daß man die Schauptung aufstellt, das Recht, was die Verfassung bringt, ist nicht gut und das Gute, was sie bringt, ist nicht neu.

Konfliktstimmung in Danzig.

Danzig, 6. Februar. Infolge der tätigen Angriffe, die kommunistische Abgeordnete in der letzten Sitzung des Danziger Volkstages gegen den Senator Zimmer unternommen hat die Regierung einstimmig beschloffen, wie die „Frankf. Ztg.“ meldet, nicht eher wieder Vertreter in die Versammlungen des Volkstages zu entsenden, als bis genügende Vorkehrungen getroffen worden sind, um die Mitglieder der Regierung gegen Bestrohungen mit Geld und Gewalt zu schützen.

740 Rührer aus Amerika.

Der Dampfer „West-Arrow“ mit den amerikanischen Rührerinnen aus Nord ist in Bremen eingetroffen, wo der Transport ausgeladen wird. Es handelt sich um rund 740 Rührer.

Der Bürgerkrieg in Irland.

Dublin, 7. Februar. Die Blätter berichten, der Generaladjutant des Einzeliers Heros Collins sei vorige Woche in einem Gefecht in der Nähe von Enniscorthy in der Grafschaft Cork erschossen worden.

Die türkischen Wirren.

Paris, 7. Februar. Nach einer Meldung des „Tages“ aus Konstantinopel veröffentlichten die türkischen nationalen Blätter ein Manifest an das Volk von Anatolien, in dem durch einen neuen Frieden die Sicherstellung der Unabhängigkeit der Türkei verlangt wird.

Ausweisung der Engländer aus Mesopotamien.

London, 7. Febr. „Daily Express“ berichtet, das Kriegsministerium hat Maßnahmen zur schnellen Räumung von Mesopotamien getroffen. Einige Bataillone haben Befehl erhalten, nach Indien zurückzukehren.

Eine Viertelmillionen-Spende. Wie das Heidelberger Tageblatt hört, hat die Städtische Disconto-Gesellschaft in Ansbach der Heidelberger Universität zu wissenschaftlichen Zwecken 250 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Rinderloses Ehepaar gesucht ...

Die traurige Geschichte. Von Anna Bloss. In diesen Tagen, wo so viel für und gegen Gebietsreform und Gebietsreform gesprochen wird, erhebt sich eine traurige Geschichte, die ich hier kurz wiedergebe.

Rinderloses Ehepaar gesucht ...

Die traurige Geschichte. Von Anna Bloss. In diesen Tagen, wo so viel für und gegen Gebietsreform und Gebietsreform gesprochen wird, erhebt sich eine traurige Geschichte, die ich hier kurz wiedergebe.

Wie die Front zerbrach.

Wir erstellten uns unterdehst Kuslage aus dem soeben erschienenen "Erinnerungsbuch" ...

Der jenseitigen Verhandlungen ...

Erst mußte der Boden für die Friedensverhandlungen geschaffen werden ...

Die folgenden Schilderungen aus einem tragischen Moment ...

Durch die Verhandlungen vor dem Untersuchungsaußuß ...

Silberne des Hauptquartiers

an den Pringen war gewesen ...

Als im Kabinett die Frage ...

Wie es an der Front ausah!

Ich las den Herren einen ...

Das Unglück am 8. August ...

Über das Gefecht ...

wenden zu können ...

Durch Beweise herangezogen ...

Generalmajor und Divisionkommandeur ...

Lubnow verlangt neue Truppen ...

Statistik der Verluste:

| | |
|-------------------------------------|-------------|
| Generalmajor und Divisionkommandeur | 55 000 Mann |
| | 50 000 .. |
| | 6 000 .. |
| | 75 000 .. |
| | 20 000 .. |
| | 73 000 .. |
| | 5 000 .. |

Insgesamt also in Preußen ...

Ich muß hier den Ablauf ...

Generalstabschef ...

von Bern nach Washington ...

Selbstverständlich wandte ...

Das Unglück am 8. August ...

Der Herr Gehärt hat die ...

Hinterländische Grundzüge ...

1. Die Schuldhaft des ...

2. Die Unterjährig war ...

3. Wir entgegen uns nicht ...

meinen für Deutschland jede ...

Generalratsliches

An die Landarbeiter ...

Allen Landarbeitern ...

Freier Verband der ...

An den Herrn Reichsminister ...

Unter Bezugnahme auf ...

Wir bitten um ...

Die gegenwärtigen ...

Die in den letzten Tagen ...

Die 600 Teilnehmer ...

Ein Antrag der ...

Die von 600 Teilnehmern ...

Ein Antrag der ...

Die von 600 Teilnehmern ...

In der Zeit vom 31. Januar ...

Die von 600 Teilnehmern ...

Ein von 600 Teilnehmern ...

Ein von 600 Teilnehmern ...

Ein von 600 Teilnehmern ...

Ein von 600 Teilnehmern ...

Ein von 600 Teilnehmern ...

... mit Aufhebung der Sozialisten im Parlament erreicht werden. Darum habe jeder Landesrat die Pflicht, am 20. Februar seine Stimme einer sozialistischen Partei zu geben.

Georgeregiment für SAPD-Funktionäre.

Den kommunistischen Vertrauensleuten sind 10 Punkte für ihr Verhalten in den Gemeinderäten zugesprochen. Diese Punkte geben die Anleitung für politische Informationen, Literaturbetrieb, Zusammenfassung in Verwaltungsbereichen, Aktivistik im Betriebe, Verhalten bei Maßnahmen und Aktionen, Fraktionsverhandlungen, Verbindung mit der Parteileitung, Vereinbarung mit anderen Parteien, Kommunikation in Fraktionen und Verbindung mit den Arbeitsschaffungen. Der Punkt 4 folgt unter anderem: Die Kommunisten dürfen nie vor den Schranken bürgerlicher Gesetze Halt machen. Sie haben die Differenzen, die sich aus den Forderungen der Arbeiterpartei und den ihnen entgegenstehenden bürgerlichen Gesetzesbestimmungen ergeben, mit Bewußtsein auf die Spitze zu treiben. Sämtliche Maßnahmen des Unternehmers und Forderungen der Arbeiterschaft sind sofort dem Parteileitrat der SAPD zu melden. Die Redner für die Sitzungen erhalten ihr Material von dem SAPD-Sekretariat. Wenn Anfragen und Mutationen, die auf diesem Wege fabriziert werden, von dem Gem. raten abgelehnt werden, so muß das agitativ ausgenutzt werden. Alle Funktionäre der SAPD können jederzeit abberufen werden.

Volkswirtschaft.

Der Weg zum Sozialkapitalismus.

Eine Statistik der Gründungen und Kapitalerweiterungen der Aktiengesellschaften im Jahre 1920 veröffentlichte in den jüngsten Tagen die „Frankfurter Zeitung“. Die Zahlen, welche über Umfang und Richtung der Kapitalerweiterungen ein ungefähres Bild geben, bieten zugleich recht lehrreiche Aufschlüsse über die Entwidlungsbedingungen des deutschen Wirtschaftslebens. Das Frankfurter Blatt berechnet den Gesamtbetrag der durch Aktiengesellschaften an den Markt gebrachten Papiere auf 11.445 Millionen Mark und bemerkt hierzu folgendes: „Obwohl die Entwürfe des hohen Betrages von neuen Emissionen lebendigerartig und eifriger in der Entwicklung der deutschen Mark zu sein, ist es doch der emittierte Betrag ganz gewaltig niedrig, besonders dann, wenn wir noch in Betracht ziehen, daß von den in Friedenszeiten in Deutschland ausgelegten Emissionen von circa 2 1/2 Milliarden Mark jährlich ein beträchtlicher Teil Zustandsanteilen bestand (1913 circa 600 Millionen), wovon die im Jahre 1920 angegebenen Beträge lediglich durch die deutsche Wirtschaft angeleitet worden sind, wobei sich der Staat auf den von den in Friedenszeiten angelegten Emissionen ebenfalls ein wesentlicher Betrag entziffert (1918 circa 600 Millionen), im vergangenen Jahre lediglich Emissionstätigkeit entfallen hat.“

Das riefenhafte Anschwellen des Emissionstaktes zur geldpolitischen Gewand erklärt sich weiter auch dadurch, daß die während des Krieges eingeführte, die privaten Emissionen im Interesse der Kriegsanleiher fast einengende Beschränkungspflicht bis auf eine geringe Formalität Anfang des Jahres 1920 wegfiel. Deshalb wurden eine Reihe von längst geplanten und gesungenermaßen aufgehaltenen Erneuerungsarbeiten erst jetzt durchgeführt. Gleichzeitig zog sich aber der Reichsnoten Kapitalmarkt wieder zurück infolge der milden Lage des öffentlichen Kredits und desto bekanntlich seine Riefenbreite ausschließlich mittels kurzfristiger Gehaltswechsel.

Wir werden nun die neuen Milliardenbeträge in der Industrie verwenden? Ein beträchtlicher Teil derselben wird offenbar durch die Verteilung der Materialpreise, Löhne und sonstiger Betriebsanlagen verflungen und dient daher nicht der Betriebsvermehrung. Die Unternehmungen benötigen infolge der Preisrevolution eine erweiterte Gelddarstellung, um ihre Produktion auch nur annähernd im früheren Umfang weiterführen zu können. Zu diesem Zwecke stehen hohen Kreditlinien und Reserve zur Verfügung. Aus dem hohen Kapitalzufluß blieben daher bedeutende Summen übrig für die Zwecke der Betriebsumkehrung und Betriebsvermehrung. Von diesem Grunde hat die Verteilung der neuen Kapitalien nach Industriezweigen ein besonderes Interesse. Drei Gruppen zagen bis mit ihren Losfällen, alle übrigen Gruppen überstehenden Beteiligungsgruppen vor: Bergbau, Salinen, Salinen mit 1884 Millionen, die Metall- und Metallindustrielle mit 2194 Millionen, weiter die Elektrizitätsindustrie samt den Gaswerken mit 1794 Millionen Mark. Nur die Banken haben noch annähernd hohe Ansprüche an den Kapitalmarkt gestellt (1615 Millionen), dann folgen in ganz weitem Abstand mit rund 600 Millionen die Textil- und die chemische Industrie.

Rechtlich die Hälfte der verfügbaren Kapitalien floß auf die drei benutzten großen Produktionszweigen zu. Diese konnten hierdurch — soweit sich dies notwendig erwies (Kohlenbergbau) — zur Erweiterung ihrer Anlagen und vor allem durchgängig zur Modernisierung ihres technischen Apparates schreiten. Die Umstellung auf den Friedensbedarf wurde mit Hilfe der neuen Mittel in aller Schmelze vollzogen und diese Neuerrichtung gab offenbar Gelegenheit, die Betriebe technisch auf die Höhe zu bringen und die durch die Not der Zeit gebotene höchstmögliche Oekonomie in der Materialverwendung durchzuführen. Es scheint die Erwartung jener in Erfüllung zu gehen, die eine neue Phase der technischen Entwicklung, eine allgemeine Vervollständigung der Produktionsmethoden für die Nachkriegszeit vorauszusagen. Gelte es aber den Schiffbauindustrien, durch Rationalisierung ihrer Betriebe die Produktionskosten merklich herabzudrücken, so ließe sich höchstens auf die gesamte nationale Wirtschaft zurück, wenn nur die Rohenerparnisse der ersten nicht etwa auf Grund dauernder Monopolstellung ausschließlich zur Gewinnerhöhung dient. Die Wirkungen dieses Projektes kommen am besten hin in der Preisgestaltung noch nicht zum Ausdruck. Dies ver-

hindert einmal die Inflation, dann aber auch die Kohlenmarkt, welche der Entlastung der vollen Produktionsfähigkeit im Wege steht. Gelingt es aber, das Geldeisen in Ordnung zu bringen und die Kohlenförderung entsprechend zu steigern, so werden die Resultate der gestörten Entwicklung klar zu Tage treten.

Die Emissionstätigkeit wird auch auf die Struktur der Industrie, auf deren Entwicklungstendenzen ein recht charakteristisches Licht. Auf neue Gesellschaften entfiel noch 1170 Millionen Emissionen, während die Kapitalerweiterung der bestehenden Unternehmungen rund 10.000 Millionen betrug! Es ist dies ein beachtender, zahlenmäßiger Beleg dafür, in welchem Tempo die Betriebskonzentration vor sich geht.

Die Statistik der Emissionen und die hinter dieselben stehenden, fasten lebenden konkreten Erscheinungen sprechen eine deutliche Sprache nach einer bestimmten Richtung hin. Sie unterlegen die Prognose, so vieler politischer Weiterpropheten, welche glauben, daß die Kraft des Kapitalismus erschöpft, seine Lebensfähigkeit untergraben ist. Die Vorgänge des vergangenen Jahres zeugen aber von einer ungehörigen Lebenskraft der bestehenden Wirtschaftsordnung. Innerhalb tausend Heimstätten wirtschaftlicher und politischer Natur werden weitestgehende Klänge geführt und verwirklicht. Die zahllose Aufständigkeit schafft der industriellen Produktion neue Grundlagen und führt allem Anscheine nach die deutsche Wirtschaft einer neuen Periode des Sozialkapitalismus entgegen.

Neuere Nachrichten und Telegramme.

Man sammelt immer noch Schuldschreibungen.

Paris, 7. Februar. Laut „Temps“ hat die Reparationskommission nachdem sie wiederholt die verschiedenen alliierten und assoziierten Regierungen aufgefordert hat, die Höhe der Schäden dieses Festlegung der Beträge der deutschen Schuld, die am 1. Mai zu zahlen sind, ihr einzureichen, nunmehr auf neue in diesem Sinne Vorstellungen erhoben. Die Reparationskommission hat den 12. Februar als den äußersten Termin zur Beibringung der Unterlagen bestimmt.

Eine nochmalige Einladung nach London.

Paris, 7. Februar. Sanaas berichtet aus London: Reuters meldet, daß die Alliierten eine förmliche Einladung an die deutsche Regierung ergaben lassen werden, in der sie die deutsche Regierung erlösen, Vertreter nach London zu der Konferenz zu entsenden, auf der die Reparationsfrage behandelt werden soll. Der Zeitpunkt für die Konferenz ist nunmehr auf den 1. März festgelegt.

Die französischen Entschuldigungen gegen Moskau weichen ab.

Paris, 7. Febr. Wie Sanaas meldet, hat der sozialistische Kongress des Departements Tarn, in dem Albert Thomas gemäßigt ist, den Antrag an die Dritte Internationale mit 35 gegen 26 Stimmen abgelehnt.

Theater- und Masken-Kostüme
Zeugner & Riedel
 Inhaber: Gebhardt vorm. Gottschalk
 Teleph. 330. HALLE a. S. Teleph. 3330.
 Leipzigstr. 61/62, 1. House d. Hall. Zeitung



BUTU SIMBAS
 Mission in Europa
 Roman von H. Thurew
 Nr. 9.- und 20.-

Vertriebsbuchhandlungen des Verbreitungsbezirks
Buchhandlung der Volksstimme,
 Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 27.
Volksbuchhandlung Naumburg,
 Marienstraße nahe am Markt.

Weißensfeld

Quarkverkauf.
 Von heute mittig 1 Uhr ab habe ich meine Quarkwaren zum Verkauf. Ich habe heute 2000 Gramm zum Preise von 2 Mk. 1.- ab gegeben.
 Sanaas, Tagess. 28. Nr. 20/21-25/26.
 Die Abholung bei mir von 9-2, mittags zu erfolgen.

Sozialdemokratisches Handbuch
 für die preussischen Landtagswahlen zum Preise von Mark 3.- empfiehlt
Buchhandlung der Volksstimme
 Große Ulrichstr. 27.

Bei Schmerzen u. Entzündungen der Harnblase
 lation gebrauchen Sie jetzt nur die von mir...
 „Freibar“, extraktartig.
 Eschlässe, die stärkste Wirkbarkeit durch Doppelwirkung...
 über Strasser & Co. erhältlich in allen anderen Apotheken, Drogerien und chemischen Geschäften. Hauptdepot: Albert Apollon, Wilhelmstr. 15; Einzeldepot: Chemierie, 11; C. Reinhold, Steiggraben. (Eds. Behringstr. 1; C. Steppenbach, Gr. Ulrichstr. 41; W. Wollstein Nachf., Gr. Ulrichstr. 20; Alfred Süssmann, Steiggraben 46/47; Fritz Speer, Gr. Ulrichstr. 63.)

Im großen Butterfass
 Große Klausstraße 1
 ist heute frisch zu billigem Preise eingetroffen:
Schweine-Schmalz 12 80
 ger. reis. bittensmäßig 12 80
Margarine 10 50
 von butterähnlichem Geismack 10 80
 Akerseife 4 Pfennigbutter-Margarine in 10 80
 1/2 Pfennig-Büchlein 10 80
Apfelmus 5 50
 2 Pfennig-Pole 5 50

Ernst Weinhold,
 Große Klausstr. 1, am Markt. Fernr. 2506.
Soeben eingetroffen:
Verfassung des Freistaats Preußen
 vom 30. 11. 1923.
 Textausgabe mit Einleitung von **Paul Hirsch**.
 Preis 2.50 Mark.
Buchhandlung der Volksstimme,
 Große Ulrichstr. 27.

Allerfeinste frische Margarine
 vorzüglicher Buttergeschmack.
F. H. Krause

Stellen finden
Nebenverdie nst
 Damen u. Herren (auch Arbeiter) werden gesucht...
 Näheres Grünstraße 25 str.

Dauerhafte Brietaschen
 in prima Leder
 und allen Preislagen sehr preiswert.
A. Krasemann
 Lederwaren-Spezial-Geschäft
 Gr. Ulrichstr. 19
 zur Schmeierstr. 10

Kaufgeuche
Gold-, Silber-, Platin-Bruch.
Zahngelbte alte Münzen!
 heißt in höchsten Preisen
Wessner,
 Fleischerstraße 18.
Vermischtes
 2 x 2 = 5
 das ist alles, wenn Sie Ihre Fahrten mit...
Goldbäckertent
 Albert-Straße 10.
 Mark tobemann, Gr. Ulrichstr. 20.
 Wessner u. mediz. Institut.

Schülermützen
 in nur besser Verarbeitung kaufen Sie preiswert bei **J. Kallra**,
 Große Klausstraße 33.

Sozialdemokratische Partei (S. P. D.)
 für die Kreise
Wittenberg - Schwenitz.
 Wahlbüro: Pleiserstr. Schulstrasse 32.
 Telefon Wittenberg 615.
 Die Wahlleitung, Schmidt.

Sozialdemokratische Partei (S. P. D.)
 Hermannsgarten 27, 677
 Büchereien von 2-7 Uhr nachmittags. Freitagliche Säfte zur Wohlarbeit...
 Der Vorstand.

Übergangszeit.
 Ein Vortrag zur Aufklärung über die tieferen Ursachen und Ziele der Revolution.
 Vortrag aus Bekanntheit „Gleichheit“.
 Die Parabel vom Wasserbuckel die Übergangszeit.
 Das 2. und der Blinden.

Preis kartoniert Mk. 3.50
 Der bekannte...
Buchhandlung Volksstimme
 Große Ulrichstr. 27.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Verein Halle, Vorstand und...
Wahlversammlung, Dienstag, den 8. 2. abends 1/2 Uhr...

Aus dem Stadtrats.

Öffentliche Stadtverordneten-Versammlung

Montag, den 7. Februar.
Stadtschulratswahl - Arbeitslosenforderungen - Zusammenstoß...

anheim gegeben, geeignete Vorschläge für den Schutz der Schrebergärten...

Zu § 8. Dem vorliegenden Satz des § 3 der Grundsteuerordnung...

Als bekannt wurde, daß ein großes Gelände nördlich des Arbeiterwohngebietes...

Das Recht auf Mutterchaft und die kommende Wahl n.

Darüber spricht heute abend 8 Uhr in den 'Reißbierhallen'...

Ilka Schütze-Berlin.

Frauen und Mädchen des laisierenden Volkes, Beamtinnen, Lehrkräften...

Die die Festlegung von Vorarbeiten für die Sühnwirkung der Fütterer...

Der Magistrat hat beschlossen: Zu Beginn 1921 wird am Anzeig I. C. eine 2. Klasse errichtet.

Gen. Wille: Der frühere Direktor hat das städtische Schulwesen...

Der Magistrat hat beschlossen: Zu Beginn 1921 wird am Anzeig I. C. eine 2. Klasse errichtet.

Gen. Wille: Der frühere Direktor hat das städtische Schulwesen...

Der Magistrat hat beschlossen: Zu Beginn 1921 wird am Anzeig I. C. eine 2. Klasse errichtet.

altstanzlos, einen Kostenanwand von 17 600 Mk. das sind...

Nach Eingangsfragen von Ein. 50 (Dem.), der die von unserem...

Das Gesetz des Bezirksvereins Selbst der D. D. Partei um...

Eine Petition des Deutschen Rentnervereins, Ortsgruppe...

Der Bezirksrat hat die Beschlüsse der Arbeiter...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Der Magistrat hat im letzten Ausschuss erklärt, daß es für...

Ein C. U. H. (Kom.) ludt in ausführlicher Weise die...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Kleines Feuilleton.

Den Künftigen liegt zurecht nur der Krieg am Herzen. Die...

Wort von Schwind.

Zu keinem 50. Lebensjahr am 8. Februar. von Werner R. v. M.

In der deutschen literarischen Kunst des 19. Jahrhunderts ist...

Als Künstler ist Schwind von jeder Seite eigenen Wege...

darf nicht in Nachahmung der Italiener verfallen, sondern blieb...

Schwind's Delibier lassen sich in zwei Gruppen teilen, die...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Stielgenüßsturm verdrängt. Das schönste und meistlich...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

Die Arbeiter haben sich für die Errichtung eines...

